Titelstory

«Mit Geboten wäre ich zurückhaltend»

Traditionell gibt Erbprinz Alois in der ersten Ausgabe der lie:zeit nach der Sommerpause ein Interview zu Themen, die Liechtenstein bewegen. In diesem Jahr äussert er insbesondere zu Energiefragen, zur Gesundheitspolitik und zur Altersvorsorge klare Ansichten und spricht sich für einen Beitritt Liechtensteins zum IWF aus.

Interview: Herbert Oehri und Heribert Beck

Foto: Michael Zanghellini

Durchlaucht, der Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen bestimmen nach wie vor die Schlagzeilen in Europa. Vor einem Jahr haben Sie an dieser Stelle bereits die Befürchtung geäussert, dass ein rascher Friedensschluss unwahrscheinlich ist. Sie sollten recht behalten. Wie schätzen Sie die Situation heute ein? Wie wird sich der Konflikt Ihres Erachtens entwickeln?

Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein: Leider ist weiterhin kein Ende des Krieges absehbar. Inzwischen haben beide Kriegsparteien grössere Probleme mit dem Nachschub von geeigneten Waffen. Auf die weitere Entwicklung des Konfliktes werden sowohl die materiellen und personellen Ressourcen als auch die Moral einen entscheidenden Einfluss haben. Wie sich diese Komponenten in den nächsten Monaten für die beiden Kriegsparteien entwickeln, lässt sich aber schwer vorhersagen.

Liechtenstein ist gut durch den ersten Kriegswinter gekommen. Die Energieversorgung war trotz aller gegenteiligen Befürchtungen stabil. Denken Sie, dass dies auch im nächsten Winter so bleibt?

Die Energiesituation hängt nicht nur von der Energieversorgung ab, sondern auch davon, wie kalt der Winter ist. Durch den letzten Winter sind wir auch deswegen gut gekommen, weil er verhältnismässig warm war. Da wir inzwischen noch besser vorbereitet sein sollten, erwarte ich Versorgungsprobleme nur bei einem strengen Winter oder bei Netzausfällen aufgrund von technischen Gründen oder Anschlägen.

Mehr Sorgen als die Energieversorgung bereiten momentan die Preise. Wie beurteilen Sie die Massnahmen der Regierung, die Kostensteigerungen mit Sonderzahlungen an Einwohnerinnen und Einwohner mit geringem Einkommen sowie an Unternehmen, die gewisse Voraussetzungen erfüllen, aufzufangen?

Sonderzahlungen bei Preissteigerungen sehe ich dann kritisch, wenn dadurch die wichtige Signalwirkung von steigenden Preisen und damit der Anreiz zum Stromsparen ausser Kraft gesetzt wird. Auch müssen wir aufpassen, dass es nach COVID und der Energiekrise nicht zur Gewohnheit wird, Sonderzahlungen für mehr oder weniger ungewöhnliche Situationen zu sprechen, weil wir sonst solche Sonderzahlungen in Zukunft nur noch schwer zurückfahren können und zu viele zu Sozialleistungsbezügern machen. Ich würde die Sonderzahlungen daher möglichst gezielt, zurückhaltend und kurzfristig dort einsetzen, wo Personen und Unternehmen unverschuldet in schwierige Situationen geraten sind.

Auch von marktwirtschaftlichen Eingriffen wie einem Strompreisdeckel ist die Rede. Was halten Sie von solchen Massnahmen?

Einen Strompreisdeckel sehe ich ebenfalls kritisch, wenn er wichtige Anreize zum Stromsparen ausser Kraft setzt. Ausserdem könnte es bei dessen Umsetzung zu EWR-rechtlichen Problemen kommen.

Nun haben die LKW ihre Preise gesenkt, als ein Konkurrent auf dem Markt erschienen ist. Zuvor wurde dies noch ziemlich kategorisch ausgeschlossen. Der Aufschrei war gross. Was denken Sie über dieses Geschäftsgebaren?

Von aussen lassen sich die genauen Hintergründe der Entscheidung für die Preissenkung und deren Zeitpunkt nur schwer beurteilen. Einerseits war der Zeitpunkt der Preissenkung fast gleichzeitig mit dem Konkurrenzauftritt. Andererseits ist der internationale Strompreis zuvor stark gesunken, sodass zu erwarten war, dass die LKW die Preise bald wieder senken werden.

Wie könnte Liechtenstein auf der anderen Seite seine Eigenversorgung mit Energie steigern? Halten Sie beispielsweise eine Photovoltaikpflicht für den richtigen Weg?

Mit Geboten wäre ich zurückhaltend, sofern sie den Eigenversorgungsgrad nicht wesentlich erhöhen. Wichtiger erachte ich Massnahmen zur Speicherung der überschüssigen Energie aus der Photovoltaik.

Die Gegner dieser Pflicht argumentieren unter anderem damit, dass Anreize mehr nutzen als Gebote. Wie beurteilen Sie die Energiefördermassnahmen von Land und Gemeinden?

Energiefördermassnahmen halte ich dort für sinnvoll, wo sie entscheidende Anstösse für die Nutzung von klimafreundlicher Energie und eine bessere Eigenversorgung geben. Aber auch hier sollten wir möglichst gezielt, zurückhaltend und nur solange fördern, wie diese Anstösse auch wirklich nutzen. Ansonsten laufen wir Gefahr, eine staatlich gelenkte Planwirtschaft zu schaffen, die einerseits den Steuerzahler viel kostet und andererseits bessere Initiativen aus der Privatwirtschaft abwürgt.

Die Vertreter der «Liechtensteinischen Initiativgruppe für Energie Nachhaltigkeit» – Nikolaus von Seemann und Cosmas Malin – haben Ihnen ihr zukunftsorientiertes Projekt «Energiewende Liechtenstein» vorgestellt. Es kombiniert das Potential von weitgehend erneuerbarer Energie mit der Speicherung mittels Power-to-Gas-Technologie und Marktautarkie. Was ist Ihre Meinung?

Den Hauptansatz der Initianten, alle sinnvollen Wege sowohl der Eigenversorgung durch weitgehend erneuerbare Energie als auch deren Speicherung zu nutzen, um unsere Marktautarkie zu erhöhen, finde ich sehr gut. Aufgrund der Umstellung auf erneuerbare Energien in Europa müssen wir in den nächsten Jahren mit Engpässen auf dem Strommarkt und viel volatileren Strompreisen rechnen. In einer solchen Marktsituation ist eine hohe Eigenversorgung von Vorteil. Wichtig wäre, dass die öffentliche Hand diese Initiative, aber auch die vielen anderen Anregungen in diesem Bereich, unter Einsatz von externer Expertenhilfe aufnimmt, prüft, nach Umsetzungsnähe, Interdependenzen und Kombinationsmöglichkeiten sowie Kosten-Nutzen-Verhältnis einordnet und dann die Umsetzung der vielversprechendsten Initiativen unterstützt. Die Power-to-Gas-Technologie sollten wir uns dabei jedenfalls genau anschauen, weil sie interessante Möglichkeiten der Speicherung verspricht.

Dies alles kostet Geld, und die Landesrechnung 2022 war erstmals seit Jahren wieder negativ. Regierungschef und Finanzminister Daniel Risch hat in der Juni-Ausgabe der lie:zeit aber auch betont, wie zuversichtlich es ihn stimmt, dass gerade das betriebliche Ergebnis ein deutliches Plus verbuchen konnte. Wie sehen Sie dies?

Bei der Landesrechnung müssen wir zwischen dem betrieblichen Ergebnis und Finanzergebnis unterscheiden. Die Finanzmärkte können sich in einem Jahr positiv und in einem anderen Jahr negativ entwickeln. Solange das Finanzvermögen mit einem längerfristigen Zeithorizont gut angelegt ist, wir ausreichend Finanzvermögen für Krisensituationen haben und normalerweise ein ausgeglichenes Betriebsergebnis erzielen, können wir zuversichtlich sein.

Kosten könnten noch in Sachen Landesspital auf Liechtenstein zukommen. Das Volk hat einem von der Regierung vorgelegten Verpflichtungskredit für einen Neubau in Höhe von 65,5 Millionen Franken bekanntlich im November 2019 mit 56,2 Prozent zugestimmt. Inzwischen sind der Bauherrschaft die Kosten entglitten, und der Spatenstich ist in weite Ferne gerückt.

Titelstory

Was ist zu beachten, damit der Neubau doch noch zu einem positiven Ende führen kann?

Neben den Kosten stellt sich für mich beim Neubau auch die Frage der Qualität und des nachhaltigen Betriebs. Sofern sich die Rahmenbedingungen im Gesundheitssektor nicht grundlegend ändern, wird es für das Landesspital bei niedrigen Fallzahlen eine grosse Herausforderung sein, langfristig genügend gutes Personal zu rekrutieren, auszubilden und zu halten. Das hat wiederum Auswirkungen auf die Qualität und die Möglichkeit, das Landesspital nachhaltig zu vernünftigen Kosten zu betreiben. Ich habe meine Zweifel, ob dies mit dem für den Neubau vorgesehen Modell möglich sein wird.

Beim Neubau drehen sich die Diskussionen vor allem um die Hülle und deren Kosten. In einem Artikel der NZZ vom Sonntag, 4. Juni 2023, geht es um die Zukunftsszenarien, darum, was innerhalb der Spitalhülle passiert. Im Zeichen des stets dramatischer werdenden Fachkräftemangels im Gesundheitswesen geht der Trend dahin, die Patienten bei diversen Krankheitsbildern in den eigenen vier Wänden zu begleiten. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Sowohl die technologische, insbesondere digitale Entwicklung als auch die demographische Entwicklung und der damit verbunden Fachkräftemangel werden grosse Auswirkungen auf den Gesundheitssektor haben. Was dies in Zukunft für die Spitäler einerseits und die Betreuung zu Hause andererseits wirklich bedeutet, kann ich aber noch nicht beurteilen.

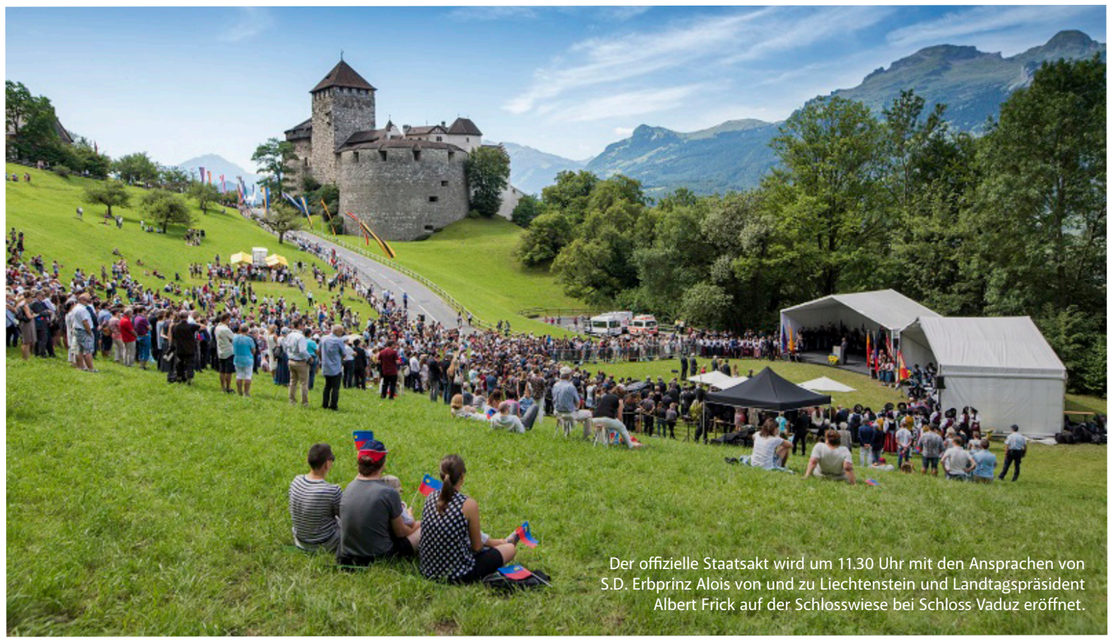
Die Krankenkassenprämien steigen trotz aller Eindämmungsversuche unaufhaltsam. Welche Prämien sind den unteren und mittleren Einkommensschichten noch zumutbar?

Da wir bei der staatlichen Prämienhilfe insgesamt um einiges grösszügiger sind als die Schweiz, lohnt sich bei der Frage der Zumutbarkeit ein Blick auf die Schweiz, wo der Druck für Änderungen gestiegen ist. Aufgrund unseres sehr ähnlichen Gesundheitssystem sollten wir die weitere Entwicklung in der Schweiz und allfällige dort getroffene Massnahmen genau verfolgen, um daraus zu lernen und dann gute Massnahmen selbst frühzeitig zu übernehmen.

Der von der Regierung herausgegebene Armutsbericht zeigt die Ist-Situation sehr ausführlich auf. Was nicht zum Ausdruck kommt, ist das: «Was nun?» Welche Massnahmen sollten nun ergriffen werden?

Für konkrete Massnahmen benötigt es vertiefte Abklärungen auf Seiten der Regierung. Diesen möchte ich nicht vorgreifen.

Armut betrifft auf auch Senioren. Nach zwölf Jahren Rentenstillstand hat der Landtag im November letzten Jahres per 1. Januar 2023 die Rückkehr zum Mischindex bei der Rentenanpassung der AHV beschlossen. Die Generation 65+ leistet in der Gesellschaft – in ihren Familien – ganz leise Unbezahlbares. Wie kann dieses Potential gezielter und wertschätzender genutzt werden?



Der offizielle Staatsakt wird um 11.30 Uhr mit den Ansprachen von S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein und Landtagspräsident Albert Frick auf der Schlosswiese bei Schloss Vaduz eröffnet.

Unbezahlte Leistungen, insbesondere Freiwilligenarbeit, sind für das Funktionieren unserer Gesellschaft von grosser Bedeutung. Dieses Potenzial könnte vielleicht durch mehr Informationen über die Bedeutung für die Gesellschaft und durch zusätzliche öffentliche Würdigung gezielter und wertschätzender genutzt werden. Bei den Senioren haben wir sehr unterschiedliche Situationen: Wir haben zum Teil Altersarmut – vor allem auch bei Frauen, die aufgrund der Kinderbetreuung zu wenig vorsorgen konnten. Gleichzeitig verfügen aber viele Senioren über grosse Vermögen. Schliesslich würde ein Teil der Senioren gerne weiterarbeiten und dazuverdienen, wenn dies einfacher möglich wäre.

In der Wirtschaft gibt es bereits Formen des flexiblen Renteneintritts, in den öffentlichen Verwaltungen wird dies kaum praktiziert. Mit einem flexiblen Renteneintritt und entsprechenden Möglichkeiten von Teilzeitpensen könnte ein grosses Know-how genutzt sowie auch dem sich in Zukunft verschärfenden Fachkräftemangel entgegengewirkt werden. Wie stufen Sie die Relevanz solcher Modelle ein?

Solche Modelle halte ich für sehr relevant. Das Schaffen von attraktiven Rahmenbedingungen für flexiblen Renteneintritt finde ich ein entscheidendes Element für den Erfolg der Altersstrategie. Mit der Justizreform sind bei den Richtern gerade Formen des flexiblen Renteneintritts in die Vernehmlassung gegangen, die meiner Ansicht nach für diesen Bereich der öffentlichen Verwaltung sehr nützlich wären.

Sie haben in Ihrer diesjährigen Thronrede unter anderem das «Leben im Alter» ins Zentrum gestellt und aufgezeigt, dass die Vorsorge, Sicherheit und das Wohlbefinden von vielen Faktoren abhängen. In welchen Bereichen sollte die Politik aktiv werden?

Die Politik sollte insbesondere in folgenden Altersbereichen aktiv werden: bezüglich der Stärkung des Zusammenhalts zwischen den Generationen, der Pensionsvorsorge, dem Arbeiten und der sonstigen Beschäftigung im Alter, dem Wohnen und Leben im Alter, der Gesundheit, der Pflege und Betreuung im Alter sowie der Vorbereitung auf das Lebensende. Dabei sollten Land und Gemeinden eng mit der Wirtschaft zusammenarbeiten, damit eine gut aufeinander abgestimmte Altersstrategie entwickelt wird, die unsere Lebensqualität erhöht und die Standortattraktivität weiter steigert.

Die Thematik der Betreuung und Pflege hat grossen Einfluss auf das Altwerden in geborgenem Umfeld. Das heutige Modell des Betreuungs- und Pflegegeldes ermöglicht es, dass die Menschen möglichst lange zu Hause bleiben können. Wie kann dieses Modell gefestigt und weiterentwickelt werden?

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, dieses Modell weiterzuentwickeln und zu festigen. In früheren Legislaturperioden wurden von der Regierung verschiedene Ansätze ausgearbeitet und Zukunft.li hat sich ebenfalls damit befasst. Am vielversprechendsten scheinen verschiedene Varianten von Ansparmodellen und Privatversicherungsmodellen. Es wäre wichtig, dass die geplante Altersstrategie dieses Thema wieder aufgreift und weiterentwickelt.

Mit dem Staatsfeiertag am kommenden Dienstag erwacht das politische Leben in

Titelstory

Liechtenstein nach der Sommerpause wieder zum Leben. Welche bisher nicht angesprochenen Herausforderungen sehen Sie bis zum Ende der Legislaturperiode Anfang 2025 noch auf die Regierung und den Landtag zukommen?

Weitere bisher noch nicht angesprochene Herausforderungen sind die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige sowie die Sanierung der Pensionskasse der Staatsangestellten. Bei letzterer sollten wir die Gelegenheit wahrnehmen, auch einmal ganz grundsätzlich die Herausforderungen der zweiten Säule zu thematisieren. Einerseits stellt sich zunehmend die Frage, ob die zweite Säule in ihrer heutigen Form für die zukünftigen Wirtschaftsstrukturen eine wirklich geeignete Lösung ist.

Andererseits ist vielen Unternehmen gar nicht bewusst, welche Herausforderungen im Bereich der zweiten Säule noch auf sie zukommen können.

Was müsste die Landespolitik Ihres Erachtens unbedingt in den kommenden Monaten noch angehen, bevor der beginnende Wahlkampf die Arbeit wieder überschattet?

Meines Erachtens sollten wir in dieser Legislaturperiode in den Bereichen Verkehr sowie Attraktivität und Stabilität des Standortes weitere Fortschritte erzielen. Was den Standort betrifft, sollten wir neben einigen der bereits erwähnten Reformen vor allem auch den Beitritt zum Internationalen Währungsfonds realisieren.

Was wünschen Sie Liechtenstein und seiner Bevölkerung zum Staatsfeiertag 2023 und für den Rest des Jahres?

Liechtenstein und seiner Bevölkerung wünsche ich einen schönen Staatsfeiertag mit anregenden Gesprächen und einen glücklichen Rest des Jahres 2023.

Anzeige

Anzeige